



► Radio ► Fernsehen ► Nachrichten ► Programmplan ► Unternehmen

Die
31.

► Aktuell ► Computer ► Freizeit ► Gesundheit ► Kultur ► Sport ► Verkehr ► Wirtschaft

Suchen ► Finden

News A-Z

Stand vom 27.07.2001

Krebskranke Soldaten bei der Bundeswehr

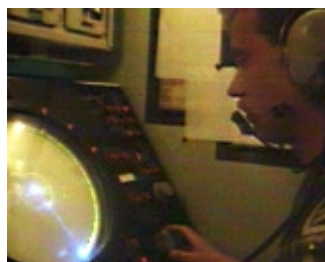
Radar-Opfer fordern schnelle Entschädigung

In der Hand hält sie ein Foto und die Dienstmarke ihres verstorbenen Mannes. So wie jeden Tag besucht Marianne Sommer-Schödder sein Grab auf dem Friedhof in Euskirchen. Als persönliches Schicksal hat die Soldaten-Witwe den frühen Tod ihres ersten Mannes in den vergangenen zehn Jahren verarbeitet. Doch als sie im Januar Post erhielt vom "Bund zur Unterstützung Radargeschädigter e.V.", bekam sie erstmals Hinweise auf die mögliche Ursache für den Krebstod von Hans Schödder, der nach achtjährigem Leiden im Alter von 42 Jahren an Leukämie 1991 verstorben war. Als Radartechniker auf Minensuchbooten der Bundeswehr war Schödder jahrelang gefährlichen Strahlungen ausgesetzt. Heute, gut 20 Jahre später, erkennen Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen den Radarstrahlungen und Krebserkrankungen.



Fragebogenaktion gestartet

Der "Bund zur Unterstützung Radargeschädigter" sammelt seit Monaten Informationen über krebserkrankte Soldaten. Das Ergebnis der Fragebogenaktion ist erschreckend: Bisher sind 329 krebserkrankte ehemalige Soldaten dokumentiert, darunter 71 Strahlentote.



Die Initiative strengt nun eine Sammelklage gegen die Bundeswehr an. Gefordert werden Hinterbliebenenrenten bis zu 1.200 Mark im Monat. An der Klage beteiligen sich auch die Hinterbliebenen von Klaus Remet aus Düren. Der ehemalige Flugkörperelektromechaniker bei der Bundeswehr ist 1993 an Keimdrüsenkrebs verstorben. Auch er war fast zwölf Jahre lang unzulässig hohen Strahlungen

ausgesetzt. "Was mich am meisten erschüttert ist die Tatsache, dass die Bundeswehführung Kenntnis von der Gefahr hatte, aber nicht für ausreichenden Schutz sorgte", sagt Markus Remet (33), der Sohn des verstorbenen Soldaten. Tausende andere Soldaten waren bis Anfang der 90er Jahre als Radarpersonal bei der Bundeswehr verstrahlt worden. Denn Radarstrahlen, das beweisen Studien, enthalten gesundheitsschädigende Röntgen- und elektromagnetische Hochfrequenz-Strahlungen.

Gefährliche Strahlenquellen

Verantwortungslos war der Umgang der Bundeswehr auch mit einer weiteren Strahlenquelle. Drehknöpfe und Skalen in den abgedunkelten Radarstellungen waren seit Anfang der 60er Jahre mit radioaktiver

► Si
N
► Si
T
► C
► U
S
B
► S
u
► H
T
► A
R
► Si
Si
M
► Ju
► Ei
W
► S
Z
► In
► Ä
► K
R
► R
► B
A
► T
w
► W
► G
► O

Radaranlagen waren seit Anfang der 60er Jahre mit radioaktivem, radiumhaltiger Leuchtfarbe beschichtet. Erst Anfang der 90er Jahre sind diese gefährlichen Substanzen entfernt worden. Der ehemalige Zeitsoldat Heiko Soyka aus Bonn erinnert sich noch gut an diese Leuchtknöpfe: "Damals sind wir in keinerlei Weise vor den Gefahren gewarnt worden, es ist unglaublich."

Der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter wirft der Bundeswehr vor, dass bisher viel zu wenig Radar-Opfer entschädigt wurden. "Das Problem ist, dass die Beweispflicht bei den ehemaligen Soldaten respektive deren Hinterbliebenen liegt. Aber damals haben die betroffenen Soldaten keinerlei Strahlenmessgeräte getragen", beklagt der Vorsitzende der Initiative, Peter Rasch, und fügt hinzu: "außerdem läuft vielen Opfern die Zeit davon. Seit Januar sind drei Betroffene schon wieder verstorben."

Radargeschädigte sollen sich melden

Die Bundeswehr hat viele Jahre lang einen Zusammenhang von Radarstrahlung und Krebserkrankung bestritten. Durch jüngste Untersuchungen aber, und nicht zuletzt durch die Dokumentation der Selbsthilfegruppe, gerät das



Verteidigungsministerium zunehmend auch unter politischen Druck. So hat in diesem Monat mit dem Ministerialdirigenten Ulrich Birkenheier der "Sonderbeauftragte Radar" seine Arbeit aufgenommen. Und im August soll er durch eine "Arbeitsgruppe Radar" unterstützt werden. Bisher sind fünf ehemalige Soldaten oder deren Hinterbliebene von der Bundeswehr entschädigt worden, 29 Anträge wurden zurückgewiesen. Insgesamt sind bisher 336 Anträge auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung eingegangen. Der Bund der Radargeschädigten hofft indessen, möglichst viele der Betroffenen noch erreichen zu können. Der Vorsitzende Rasch: "Uns geht es um eine gerechte und faire Lösung. Denn die Soldaten haben ihre Pflicht erfüllt, jetzt ist die Bundeswehr am Zuge."

Der "Bund zur Unterstützung Radargeschädigter e.V." ist über die e-mail-Adresse igradar@surfeu.de zu erreichen.

Links ins WWW



[medicine worldwide](#)

Im Forum 'Strahlenmedizin' werden wichtige Informationen zur Radarstrahlung ausgetauscht.



[Der Bundeswehrbeauftragte RADAR](#)

Pressemitteilung der Bundeswehr mit der **Radar-Info-Hotline**



[Mögliche Verstrahlungen und Vergiftungen durch Arbeiten an Waffensystemen und Geräten der Bundeswehr.](#)

Eine private Homepage von goerigk-jever.de/krank.htm